

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 26. Sitzung des Rates**

vom:            **18.10.2023**

von:            **16:00 Uhr**

bis:             **16:00 Uhr**

Ort:             **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

### **Anwesend waren:**

#### Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	

Stv Hof, Felix  
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah  
Stv Kamieth, Jens  
Stv Keßler, Silvia  
Stv Klein, Henning  
Stv Klein, Marc  
Stv Köckritz, Anja Alexandra  
Stv Könen, Wolfgang Max  
Stv König, Svenja  
Stv Kraft, Florian  
Stv Krumm, Heike  
Stv Lechthaler, Tim  
Stv Lorenz, Reiner  
Stv Mäckeler, Bernd  
Stv Molzberger, Adhemar  
Stv Nüchtern, Markus  
Stv Patt, Alexander  
Stv Pfeifer, Joachim  
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth  
Stv Reifenrath, Frank  
Stv Richter, Peter H.  
Stv Rompf, Jürgen  
Stv Rompf-Selimi, Nazlije  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin  
Stv Schneider, Rainer  
Stv Schneider, Silke  
Stv Schoew, Torsten  
Stv Schulz, Jürgen  
Stv Schulz, Kenny  
Stv Schwarz, Sibylle  
Stv Schwarzer, Michael  
Stv Simon, Ursula  
Stv Six, Annette  
Stv Sondermann, Christian Paul  
Stv Steffe, Roland  
Stv Stinner, Jürgen  
Stv Thimm, Heiko  
Stv Tigges, Johannes  
Stv Wagener, Tanja  
Stv Walter, Klaus Volker  
Stv Weber, Frank  
Stv Wittenburg, Samuel  
Stv Dr. Zybill, Christian

ab 18 Uhr, TOP 13 öT

Von der Verwaltung:

StK Cavelius	
StBR Schumann	
StR Fries	
Dezernent Schmidt	
Technischer Betriebsleiter Roth	ESi
Kaufmännischer Betriebsleiter Quandel	ESi
VA Helmes	Abt.-L. 1/1
Städt. OVR Runge	Abt.-L. 1/2
VA A. Schneider	Abt.-L. 2/4
VA D. Schneider	Personalrat
VA Vomhof	Personalrat
StAR Welticke	Abtl. 1/2
VA Meier	Sitzungsdienst
StAF Pfeifer	Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Eckhardt, Klaus  
Stv Jung, Angela  
Stv Schiltz, Ingmar  
Stv Shirley, Julia  
Stv Steuber, Hartmut

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird um die fristgerecht eingegangenen Anfragen als TOP 2.3 und 2.4 sowie einer Anfrage zu TOP 13 erweitert. Außerdem wird die Tagesordnung um die Punkte 12, 13, 14 und 15 erweitert. Der nichtöffentliche Teil wird um den Punkt 5 ergänzt.

Aufgrund der verfristeten Antragstellung wird der Antrag „Resolution: Solidarität mit dem Staat Israel“ der AfD-Fraktion nach einem Mehrheitsbeschluss nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

**1. Hinweise zur Niederschrift**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**26. Rat 18.10.2023**

**1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 10.05.2023**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**26. Rat 18.10.2023**

**1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 06.09.2023**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**26. Rat 18.10.2023**

**2. Fragestunde****2.1 Bargeldlose Verwaltung  
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 1278/2023 und Nr. AF 1278/2023 A

Herr Wittenburg kündigt an, dass man beantragen wird an allen städtischen Stellen die Kreditkartenzahlung bereitzustellen. Er möchte erfahren, ob alle städtischen Leistungen mit EC-Karte bezahlt werden können ohne Limit?

Alle Dienstleistungen können noch nicht mit EC-Karte bezahlt werden, so Herr Cavelius, da noch nicht alle Verwaltungsbereiche mit den entsprechenden Geräten ausgestattet sind.

⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

**2.2 Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen**

Vorlage Nr. AF 1279/2023 und Nr. AF 1279/2023 A und Nr. AF 1279/2023 B

Herr Steffe möchte erfahren, ob die unter Punkt 8 genannten 133 abgelehnten Asylbewerber unter Punkt 1 in den 235 geduldeten Personen bereits enthalten sind.

Herr Fries berichtet, dass die abgelehnten Asylbewerber in den Zahlen unter Punkt 1 enthalten sind, sofern sie formell eine Duldung erhalten haben.

⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

## **2.3 Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro**

Vorlage Nr. AF 1282/2023 und Nr. AF 1282/2023 A

- ⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

## **2.4 Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen - Anfrage der AfD-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 1283/2023 und Nr. AF 1283/2023 A

- ⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

## **3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

### **3.1 Umsetzungsstrategien für einen klimaresilienten Stadtumbau für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels Antrag der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 287/2023

Herr Wittenburg stellt den Antrag vor und wirbt dafür diesen zu beschließen auch wenn sicherlich einige Details noch abzustimmen sind.

Herr Schumann erläutert, warum dieser Beschluss zu einem großen Mehraufwand in der Verwaltung führen würde, der nicht im Verhältnis zum Nutzen steht. Die Stabsstelle Klimaschutz ist bereits sehr aktiv aber in der bisherigen personellen Besetzung jedoch ausgelastet. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen werden bereits durch die Verwaltung bearbeitet und auch der Einstieg ins Klimafolgenanpassungsmanagement ist beschlossen und in Planung. Es gibt eine Klimawirkungsanalyse des Kreises, welche als Handlungsleitfaden gilt und bereits auch einige Punkte des Antrages enthält. Um die vorgeschlagene Klimaschutzsatzung rechtssicher aufstellen zu können, ist ein hoher personeller Aufwand erforderlich, eine Einhaltung wäre zudem schwierig zu kontrollieren. Bei den bestehenden Satzungen wie z. B. Bebauungsplänen ist der Klimaschutz jedoch bereits sehr hoch angesiedelt und stellt den Handlungsleitfaden dar.

Die CDU-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da in den letzten Jahren bereits vieles angestoßen wurde und die Prozesse bereits auf dem Weg sind, so Herr M. Klein. Die Fraktion ist der Meinung, dass keine zusätzliche Satzung benötigt wird und so nur noch höhere Kosten für den Baubereich entstehen würden.

Herr J. Schulz stellt dar, dass die Fraktion B'90/Grüne den Antrag als weiteren Anstoß zu den bereits eingeführten Maßnahmen versteht. Die angestoßenen Maßnahmen werden gesehen jedoch im Anbetracht der knappen Ressourcen wäre aus Sicht der Fraktion eine externe Vergabe sinnvoll um kurzfristig zu Ergebnissen zu kommen. Ein Vorteil wäre auch, dass die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung für Lösungen sorgen könnten. Die Bestrebungen der Stabsstelle für die Etablierung eines Klimafolgenanpassungsmanagements wird als guter Schritt angesehen. Klimafolgenanpassungsprojekte werden immer wichtiger und in einem engeren Handlungsfenster notwendig werden. Da dies kostenintensiv sein wird, sollte man versuchen alle möglichen Förderungen zu erhalten. Man muss alle Potenziale ausschöpfen um für die Zukunft gerüstet zu sein, sodass man dem Antrag daher zustimmen wird.

Aufgrund der immensen Herausforderungen vor denen man steht, sollten die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen möglichst effektiv eingesetzt werden so Herr Hof. Den Vorschlag nun noch zusätzlich umzusetzen, sieht man als nicht sinnvoll an, da es den konkreten kommunalen Klimaschutz nicht so nach vorne bringen würde, dass es die Kosten rechtfertigt. Vor dem zu erwartenden schwierigen finanziellen Jahr kann man die unter Punkt 2 geforderten Mittel nicht für den Haushalt bereitstellen, vielmehr müssten die Kosten genau beziffert sein. Da das Konzept des Kreises für das gesamte Kreisgebiet aufgestellt wurde könnte man sich als Kompromiss vorstellen, dass die Verwaltung nochmals prüft, ob in einigen Bereichen eine Klimarisikoanalyse speziell für die Stadt notwendig wäre und darüber in einer der nächsten Sitzungen des Umweltausschusses berichtet. Den vorliegenden Antrag wird man jedoch ablehnen.

Herr Wittenburg ergänzt, dass man sich der fehlenden personellen Ressourcen durchaus bewusst ist, weshalb eine externe Vergabe vorgeschlagen wird. Man hat auch schon geprüft welche Förderungen in diesem Bereich möglich sind. Dem Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion zur Eruierung der Kosten und Spezifizierung der notwendigen Bereiche könnte man sich anschließen. Er bittet darum die Punkte 1+2 zusammen und den Punkt 3 getrennt abstimmen zu lassen.

Inhaltlich unterstützt die Fraktion B'90/Grüne den Antrag, jedoch sieht man viele Elemente darin, die bereits angestoßen wurden, so Herr Groß. Weitere gute Vorschläge, welche noch nicht bearbeitet werden sind im Antrag jedoch auch enthalten. Er schlägt daher vor, den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie zu verweisen um dort die konkreten neuen Punkte herauszuarbeiten.

Herr Schumann unterstützt den Verweis in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie um gemeinsam Prioritäten festlegen zu können.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie zu verweisen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 3 dagegen (AfD), 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

### **3.2 Stellenangebote Duales Studium für Bauingenieure - Antrag der Fraktion B'90/Grüne**

Vorlage Nr. AT 288/2023

Herr Groß begründet den Antrag und verweist auf die immer noch nicht vollständig besetzten zusätzlichen Bauingenieurstellen. Er befürchtet eine Situation, in der die Verwaltung die Arbeitsaufträge der Politik nicht mehr umsetzen kann. Die Bemühungen der Verwaltung sind da, jedoch wird die Situation auch demografisch immer schwieriger. Man regt daher an ein duales Studium anzubieten, um zukünftiges Personal im besten Fall schon in der Ausbildung an den Arbeitgeber zu binden.

Mit der Möglichkeit des dualen Studiums hat man sich bereits auseinandergesetzt, so Herr Helmes, dies jedoch zunächst verschoben. Derzeit setzt man auf den Einsatz von Werksstudierenden und macht dort sehr gute Erfahrungen. Der Vorteil ist dabei, dass diese schneller verfügbar sind und mehr Zeit bei der Stadt verbringen. Die dualen Studierenden stehen erst in ca. 4 ½ Jahren zur Verfügung. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Ausbildungsleistungen nicht bei der Stadt Siegen angeboten werden können, sondern die Studierenden extern ausgebildet werden müssten und somit die Bindung an die Stadt gering wäre. Es ist auch nicht final geklärt, ob das AWZ Bau die Inhalte anbieten kann die benötigt würden. Auch wenn man derzeit mit Werksstudierenden arbeitet, bedeutet das nicht den Ausschluss des dualen Studiums vor allem aufgrund guter Verbindungen zur Universität. Zum jetzigen Zeitpunkt möchte man dies nicht einführen.

Die Fraktionen SPD, Volt, FDP, UWG, GfS und CDU unterstützen den Antrag der Fraktion B'90/Grüne mit Verweis auf diese zukunftsgerichtete Maßnahme, welche sich in anderen Bereichen bereits als positiv bewiesen hat.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Plätze im Rahmen des Dualen Studiums für Bauingenieure anzubieten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

### **3.3 Portal zur Partnerstadt - Antrag der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 292/2023

Herr Wittenburg stellt den Antrag und das Projekt vor.

Herr Hof empfindet dies als eine schöne Idee, sieht jedoch dafür keine Mittel im Haushalt und ein Sponsoring als schwierig an. Zusätzlich würde sich ein hoher personeller Aufwand in der Umsetzung ergeben. Die SPD-Fraktion wird daher dem Antrag nicht zustimmen.

Die Idee hinter dem Projekt findet man charmant, so Herr Steffe. Man sieht jedoch die Kosten und den Aufwand nicht im Verhältnis.

Die FDP-Fraktion würde dem Antrag unter der Bedingung zustimmen, dass die Investitions- sowie die Folgekosten über Sponsoring gedeckt wären, so Herr Nüchtern.

Frau Bleckmann schlägt vor den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Finanzierung über Sponsoring eine Voraussetzung ist, da man das Projekt als sehr schön und passend zur 800-Jahr Feier in Verbindung zu den Partnerstädten empfindet. Vorab sollten die Städtepartner jedoch angefragt werden, ob eine Teilnahmebereitschaft an dem Projekt besteht.

Herr Bertelmann würde sich freuen, wenn durch ein solches Projekt die Partnerschaften, welche immer ein großes Anliegen waren, wieder etwas aufleben würde. Die Voraussetzung des Sponsorings würde man bei einem Beschluss unterstützen.

Die vorgeschlagene Änderung des Beschlussvorschlags würde man mittragen, so Herr Wittenburg.

Die CDU-Fraktion sieht den Antrag im Rat nicht als richtig platziert an, so Herr Hähner, sondern sieht dies im Aufgabenbereich der Stadtmarketing GmbH. Auch bezweifelter man das personellen Kapazitäten für das Anwerben für Sponsoring und die Umsetzung des Projektes vorhanden sind.

Herr Fries berichtet, dass bereits aus dem Sachstandbericht zum Stadtjubiläum zu entnehmen ist, dass die Mittel für das Jubiläum nicht mehr auskömmlich sind, um dieses Projekt umzusetzen. Auch ist ersichtlich, dass bereits erhebliche Spenden eingeworben wurden so dass er nicht weiß, wo noch Sponsoring angefragt werden könnte. Auch er sieht das Projekt eher dem Stadtmarketing zugeordnet.

#### **Beschluss (geändert):**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Portal zur Partnerstadt“ nach dem Vorbild der Städte Vilnius und Lublin<sup>1</sup> im Rahmen der 800-Jahrfeier umzusetzen.

Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf ca. 100.000€, eine Finanzierung - auch der Folgekosten - durch Sponsoring oder durch Fördergelder wird vorausgesetzt.

Eine Nutzung über die 800-Jahrfeier hinaus wird angeregt.

#### **Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen**



### 3.4 Digitales Bürgerbüro - Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, GfS, Linke und Volt

Vorlage Nr. AT 293/2023

Für die CDU-Fraktion führt Herr Hähner die Hintergründe des Antrages aus. Dort wo Möglichkeiten bestehen sollte man tätig werden.

Die Fraktion B'90/Grüne sehe die guten Absichten des Antrages, so Herr Heilmann. Es bestehen jedoch im Detail noch Fragen. Aus der heutigen Anfrage zum Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes geht hervor, dass ca. 1/3 der Prozesse bereits digitalisiert angeboten werden. Der Antrag selber enthält Formulierungen, bei denen man Bedenken hat, dass diese solche Prozesse ausbremsen könnten, als Beispiel nennt er den Begriff „Medienbruchfrei“. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob dieser Antrag eine Unterstützung wäre oder ob dieser die bestehenden Projekte in der Verwaltung ausbremsen würde, da Umsetzungspläne verändert werden müssten.

Man ist bereits auf dem Weg der Umsetzung so Herr Fries. Er hat Sympathien für den Antrag, da dieser in die Richtung geht, in der man bereits arbeitet. Zu den Dienstleistungen an sich führt er aus, dass die OZG-Leistungen insbesondere im Bereich des Bürgerbüros immer abhängig von den rechtlichen Möglichkeiten sind. Bei Dienstleistungen, wo digitale Angebote gemacht werden können, bietet man diese an auch wenn es sich dabei nicht um OZG-Leistungen handelt. Er bittet jedoch bei einem Beschluss des Antrages um eine längere Zeit für die Umsetzung, da es personell schwierig ist diese Frist einhalten zu können. Hinsichtlich der Dokumenten-Boxen bittet er den Beschluss in einen Prüfauftrag umzuwandeln, da hier derzeit noch eine bundesrechtliche Prüfung anhängig ist. Eine Installation solch einer Dokumenten-Box ist auch Wunsch der Verwaltung, jedoch erst dann wenn die Rahmenbedingungen auch hinsichtlich der Kosten und des Nutzens sinnvoll sind.

Für Herrn Rujanski ist noch nicht deutlich geworden, wie die Verwaltung zu dem Antrag steht. Er betont nochmals, dass es bei dem Antrag darum geht, dort wo es möglich ist eine Verbesserung des Service herbeizuführen. Man hat sich insbesondere für den Bereich des Bürgerbüros entschieden, da hier die Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern am Größten sind. Die zeitliche Perspektive wurde in den Antrag aufgenommen, damit man für die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2025 entsprechende Vorkehrungen treffen kann.

Für die UWG-Fraktion schließt sich Herr Bell dem Antrag an, denn es ist wichtig für die Bevölkerung Verbesserungen zu erreichen.

Eine Umwandlung in einen Prüfauftrag sieht Herr M. Klein nicht für notwendig an auch wenn er die rechtlichen Klärungsbedürfnisse durchaus anerkennt.

Für Herrn Groß fehlt in dem Antrag eine Aussage bezüglich der Kosten, denn für eine konkrete Umsetzung, wie im Beschluss hinsichtlich der Dokumentenbox vorgesehen, müssen auch Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Mues sieht die Aufstellung der Dokumentenbox losgelöst von dem restlichen Planungsauftrag. Die Umsetzung müsste dann für den Haushalt vorgesehen und mit dem Haushaltsplan durch die Politik beschlossen werden. Problematisch sieht er derzeit noch die Standortsuche.

**Beschluss:**

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte des Jahres 2024 eine Planung für ein digitales Bürgerbüro zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Planung sind die grundsätzlichen und zeitlichen Umsetzungsmöglichkeiten darzustellen. Von den Bürgerinnen und Bürgern sollen möglichst alle Angebote, welche derzeit in den vier Bürgerbüro-Standorten zur Verfügung stehen, online und medienbruchfrei von einem selbst gewählten Standort abzuwickeln sein.
- b) Darüber hinaus wird eine Dokumenten-Ausgabebox eingerichtet, in der ebenfalls möglichst alle Dokumente unabhängig von Behördenöffnungszeiten abgeholt werden können. Die Möglichkeiten des §25 EGovG NRW sind zu prüfen.
- c) Die Digitalisierung einzelner Dienstleistungen soll mit einer Prozessoptimierung innerhalb der Verwaltung verbunden werden. Wir möchten herausstellen, dass das Ziel der Digitalisierung den gesamten Prozess eines Geschäftsvorfalles vom Erstkontakt mit Bürgerinnen und Bürgern über die Arbeitsschritte in der Verwaltung bis zum Abschluss eines Vorganges meint.
- d) In dem Digitalen Bürgerservice wird berücksichtigt, dass Dokumente als beschreibbare PDF-Formate zur Verfügung stehen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

**4. Wiederbesetzung Stellen nach Renteneintritt**

Vorlage Nr. VL 1493/2023

Durch die Berichterstattung hat man nun Transparenz für diese Prozesse, so Herr Cziba. Man hat den Eindruck, dass sich die Situation verbessert und somit die Gefahr des Wissensverlustes reduziert hat auch wenn durch Resturlaub die Überschneidungszeit ggf. verkürzt wird.

Herr Rujanski merkt an, dass es aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht nur auf eine gute Administration, sondern auch auf Schnelligkeit ankommt, bevor sich die Bewerbenden anders orientieren. Schnelle Rückmeldungen bzw. Entscheidungen im Bewerbungsprozess werden in der Zukunft notwendiger werden.

⇒ Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

## 5. Interkommunale Zusammenarbeit

Vorlage Nr. VL 1525/2023

Die Fraktion B'90/Grüne sieht in verschiedenen Bereichen noch weitere Chancen und Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit, so Herr Cziba. Dies sind konkret:

- gemeinsame Rettungswache in Niederschelden mit der Gemeinde Mudersbach,
- mehr Engagement im Bereich des Hochwasserschutzes,
- Planungen im Bereich des Radewegenetzes,
- Bereich der Ausbildung oder der Führungskräftequalifizierung,
- gemeinsame Preisspeicher oder Bieterverzeichnisse als Möglichkeit für den Hoch- und Tiefbaubereich.

Zu der von Frau Bleckmann aufgeworfenen Frage bezüglich der gemeinsamen Ausländerbehörden von Stadt und Kreis verweist Herr Mues auf den laufenden Prozess, weshalb eine Aussage hier derzeit noch nicht möglich ist. Man wird auf die Politik diesbezüglich zukommen, wenn es konkrete Ansätze gibt.

Für die SPD-Fraktion lobt Herr Rujanski die gute Gliederung der Vorlage. Grundsätzlich ist man der Auffassung, dass man sich mit dem Thema engagiert weiter beschäftigen muss, da man sich Doppelstrukturen in den finanziell schwierigen Zeiten nicht mehr leisten kann. Er sendet das Signal von der SPD, dass man da wo es möglich ist hinter einer interkommunalen Zusammenarbeit steht.

⇒ Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

## 6. Jahresabschluss 2022

Vorlage Nr. VL 1494/2023

### Beschluss:

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss zum 31.12.2022 mit Anhang und Lagebericht (Anlage 1 der Vorlage, incl. Bestätigungsvermerk), festzustellen, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.690.205,89 € zu 205,89 € auf neue Rechnung vorzutragen und 1.690.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.
2. Der Rat beschließt, dem Betriebsausschuss Entlastung zu erteilen (§ 4, S. 1 c EigVO NRW).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

## 7. Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 und Grundlage der Gebührenkalkulation

Vorlage Nr. VL 1495/2023

### Beschluss:

1. Der Erläuterungsbericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsabrechnungsbogen (BAB) 2022 wird festgestellt und den Gebührenkalkulationen 2024 – 2026 zugrunde gelegt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

## 8. Sachstandsbericht zum Stadtjubiläum 2024

Vorlage Nr. VL 1529/2023

Frau Bialowons-Sting dankt für die Übersicht und die anstehenden Projekte. Das Wimmelbuch oder die Projekte zur Sichtbarmachung von Frauen im Stadtbild und die Sonderbriefmarke werden explizit begrüßt.

Die Volt-Fraktion erkundigt sich was konkret für die Zielgruppe U-30 angeboten wird und wie eine Einbindung der Universität erfolgt, so Herr Wittenburg. Auch wäre es wünschenswert, dem Thema Städtepartnerschaft eine größere Rolle zu geben. Hinsichtlich der Vorträge zur Stadtgeschichte erkundigt er sich, ob es dort auch spezielle zielgruppenspezifische Angebote geben wird.

Frau A. Schneider berichtet, dass die Partnerstädte zu den offiziellen Anlässen eingeladen werden wie z. B. dem Festkonzert, der Festsitzung des Rates oder für die Teilnahme am Stadtfest. Auch auf Vereinsebene werden die noch vorhandenen Verbindungen genutzt und Vereine aus Partnerstädten innerhalb des Jubiläumsjahrs eingeladen. Für die Zielgruppe U-30 wird insbesondere das Stadtfest eine Rolle spielen, welches räumlich und zeitlich erweitert wird und der Freitag insbesondere als Tag für junge Leute ausgestaltet wird. Weiterhin wird es einen breit angelegten Kunstwettbewerb für Kinder und Jugendliche geben, der auch digitale Formate in den Blick nimmt. Auch wird es im Jubiläumsjahr Diskussionsveranstaltungen und ähnliches geben, wo die jüngere Generation explizit angesprochen werden soll. Hinsichtlich der Vermittlung der Stadtgeschichte werden die Vorträge ergänzt durch Veranstaltungen der VHS oder Ausstellungen in den Museen und der Galerie. Die Universität gehört zu den Partnern bei der Planung des Jubiläumsjahres, der Plan der Universität ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht fertiggestellt, sodass von dort noch einige Ideen eingebracht werden.

Herr Mues ergänzt für die Zielgruppe U-30 die Veranstaltungen Nacht der Musik, Nacht der 1.000 Lichter oder die Silvesterparty.

Herr Cziba erkundigt sich nach der Beteiligung des Jugendparlaments bzw. auch des Stadtjugendrings und der Jugendverbände.

Frau A. Schneider berichtet, dass der Stadtjugendring angesprochen wurde und auch die Bluebox bereits Planungen für ein Bühnenprogramm entwickelt. Man ist darauf angewiesen, dass die Jugendverbände ihre Netzwerke aktivieren. Den Hinweis auf das Jugendparlament nimmt sie gerne mit.

⇒ Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandbericht zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

**9. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Siegen durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW)**

Vorlage Nr. VL 1479/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Ergebnis der Fachausschussberatungen zur Kenntnis und bestätigt die Stellungnahmen zu den Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW. Der Rat der Stadt Siegen erklärt das formelle Beratungsverfahren zum Bericht der gpaNRW vom 30.11.2022 für erledigt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

**10. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme "Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße"**

Vorlage Nr. VL 1487/2023

Herr Boller bemängelt die Art der Vorlagen, da ihm inhaltliche Informationen fehlen und es formal nur um die finanziellen Aussagen geht. Die Ausführungsplanung wurde vor einigen Jahren im Bauausschuss vorgestellt, da in der Vorlage von Änderungen die Rede ist möchte er wissen, ob diese auch die Ausführungsplanung betreffen. Wichtig ist auch der Bauzeitenplan, da durch den Bau zwar vieles besser wird aber der Weg für viele Monate gesperrt werden muss. Er empfindet auch den Vorschlag der Finanzierung als ärgerlich, da man Mittel für den ZOB Geisweid verwendet, welche man bei der Haushaltsplanberatung für 2023 noch als

unerlässlich für das Jahr 2023 angesehen hatte. Nun werden die Mittel doch anderweitig verwendet.

Herr Schumann schlägt vor, die Planung im Bauausschuss nochmal vorzustellen. Hinsichtlich der Kritik am Deckungsvorschlag erläutert er, dass man am Anfang des Jahres davon ausging, dass der Förderbescheid zeitnah erfolgt. Ohne die Mittel hätte man dann nicht ausschreiben können. Selbst wenn der Förderbescheid doch noch kommen sollte, wird man nicht mehr dieses Jahr ausschreiben können weshalb die Mittel nicht benötigt werden.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 120.000 € für die Investitionsmaßnahme T120201112/7852000 – Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T 120201124 – ZOB Geisweid - in gleicher Höhe.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

#### **11. Grundsätze für die Bestellung von Erbbaurechten und den Verkauf von Erbbau-rechtsgrundstücken**

Vorlage Nr. VL 1491/2023

Herr J. Schulz dankt der zuständigen Abteilung der Verwaltung, welche mit sehr viel Mühe sehr ausgewogene Vorschläge in den Arbeitskreis eingebracht hat. Man freut sich sehr, dass man heute über die Thematik entscheiden kann, da das Erbbaurecht in vielen Städten eine Renaissance erlebt. Dies ist für das Gemeinwesen von großer Bedeutung, da man so im Sinne des Gemeinwohles Vermögenswerte in Händen behält, andererseits kann im Kontext einer aktiven strategisch ausgerichteten Bodenpolitik bezahlbares Wohnen ermöglicht werden. Eine faire Ausgestaltung der Erbbaurechtsverträge sind die Erfolgsfaktoren einer diesbezüglichen Vermarktung. Dies sei im Vorliegenden Fall sehr gut gelungen ist.

Herr Rujanski berichtet von einer einstimmigen Zustimmung nach intensiver Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften. Man wünscht sich, dass die nun gelungenen Rahmenbedingungen auch von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden um somit einen kleinen Beitrag für bezahlbares Wohnen leisten zu können.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die folgenden Grundsätze zur Anwendung des Erbbau-rechts:

**A. Umgang mit aktuell bestehenden Erbbaurechtsfällen****A.1 Sichtung und Prüfung auslaufender Verträge sowie Beratung/Entscheidung unter Anwendung der folgenden Kriterien (Prüfmatrix).**

- » Handelt es sich um ein Schlüsselgrundstück? Besteht eine besondere Lagegunst?
- » Gibt es benachbart bereits städtischen Eigentumsbestand?
- » Geltendes Planungsrecht, Topographie?
- » Möglichkeiten einer künftigen Nutzung/Bebauung?
- » Gibt es weitere Kriterien oder bestimmte Vor-/Nachteile?

**A.2 Klärung Verkaufsfall / Vorgehensweise**

- A.2.1 Proaktiv: Vor 2050 auslaufende Erbbaurechtsverträge werden proaktiv gemäß der Prüfmatrix A.1 bewertet.
- A.2.2 Reaktiv: Ab 2050 auslaufende Erbbaurechtsverträge werden reaktiv auf Anfrage im Einzelfall gemäß der Prüfmatrix A.1 bewertet.

**B. Verkaufskonditionen**

Den Erbbauberechtigten werden Angebote unterbreitet, wie folgt:

**B.1 Alt-Erbbaurechte ohne Anpassungsklausel bis 10 Jahre vor Ablauf des Erbbaurechts:**

- B.1.1 100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung
- B.1.2 30 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung (in Höhe des Betrags der gewährten Preisermäßigung) über 30 Jahre

**B.2 Alt-Erbbaurecht mit Anpassungsklausel ab 21. Jahr bis 89. Jahr (10 Jahre vor Ablauf Erbbaurecht):**

- B.2.1 100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung
- B.2.2 50 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung (in Höhe des Betrags der gewährten Preisermäßigung) über 30 Jahre

**B.3 Erbbaurecht (mit Anpassungsklausel), nicht älter als 20 Jahre:**

100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung

**B.4 Alle Fälle, Restlaufzeit weniger als 10 Jahre**

100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung

**B.5 Erbbaurechte Mietwohngrundstücke, mehr als 10 Jahre Restlaufzeit prüfen****B.6 Einzelfallentscheidung**

für den Fall, dass Dritte das Erbbaurechtsgrundstück erwerben, gilt folgendes:

- B.6.1 Unbedingt einzuhaltende Bedingung ist es, dass der Dritte auch das zum Grundstück gehörende Erbbaurecht erwirbt. Die Einhaltung kann entweder dadurch erfolgen, dass die Stadt am Kaufvertrag über das Erbbaurecht mitwirkt und gleichzeitig ihr Grundstück an den Dritten veräußert (Vertrag zu dritt), oder aber
- B.6.2 durch Vereinbarung eines Rücktrittsrechts für den Fall, dass das Erbbaurecht nicht rechtmäßig erworben wird.

**C. Neubestellung von Erbbaurechten**

- C.1 Die **Erbbaurechtsvergabe** bei Ein-/Zweifamilienhausgrundstücken soll analog der bisherigen Richtlinien zur Veräußerung (siehe Handbuch der Stadt Siegen, Ziffer 90.230) angewandt werden.
- C.2 Die **Erbbaurechtsvergabe** bei Mehrfamilienhauswohnbaugrundstücken soll konzeptionell, also analog der bisherigen Richtlinien zur Veräußerung erfolgen.
- C.3 Die **Vertragslaufzeit** wird bei Wohnhausgrundstücken auf 75 Jahre festgelegt. Etwaige Ausnahmeregelungen bleiben unberührt. Sollte es für erforderlich gehalten werden, eine anderslautende Laufzeit anzusetzen, bedarf dies einer politischen Einzelfallentscheidung.
- C.4 **Erbbauzins**
  - C.4.1 **Wohnbaugrundstücke:**  
Erbbauzins: 3,5 %  
Reduzierung für die ersten 20 Jahre um 50 %.  
Reduzierung um 0,25 % für jedes im Haushalt lebende Kind (unter 18).  
Abzug erfolgt nur bis Erreichung eines Minimalzinses von 1,0 %.  
Für geförderten Wohnraum wird der Erbbauzins für die Dauer der Belegungsbindung halbiert.
  - C.4.2 **Karitative/soziale Einrichtungen + gemeinnützige Vereine**  
Erbbauzins: 3,0 % (gemeinwohlorientierter Bauherr) / 6 % (Investor)
  - C.4.3 **Gewerbe**  
Erbbauzins: 6,0 %
  - C.4.4 **KiTa**  
Erbbauzins: 3,0 % [(gemeinwohlorientierter Bauherr) / 6 % (Investor)]
- C.5 **Fälligkeit des Erbbauzinses:**  
Bis zur Erstellung/Sanierung des Wohnhausneubaus/Wohnhauses, jedoch längstens für zwei Jahre ab Vertragsschluss, ist ein Erbbauzins nicht zu zahlen.
- C.6 **Anpassung des Erbbauzinses:**  
Die Anpassung des Erbbauzinses ist entsprechend dem Lebenshaltungskostenindex aller privaten Haushalte bei Steigerung dieses Indexes um wenigstens 10 % und frühestens nach 3 Jahren vorzunehmen.
- C.7 **Grundbuchliche Sicherung:**  
Erbbauzins und Anpassungsklausel werden in Abt. II des Grundbuchs durch Eintragung gesichert.
- C.8 **Bauverpflichtung/Sanierungsverpflichtung:**  
Der Erbbauberechtigte verpflichtet sich, die Erbbaugrundstücke innerhalb von 2 Jahren ab Bestellung mit einem Wohnhaus zu bebauen oder aber das auf dem Grundstück bereits befindliche Gebäude zu sanieren. Bei Nichteinhaltung steht der Stadt Siegen ein grundbuchlich zu sicherndes Rückübertragungsrecht zu.
- C.9 **Wiederaufbauverpflichtung:**  
Verpflichtung zur Versicherung und Unterhaltung der Gebäude und Wiederaufbau nach Zerstörung durch die Erbbauberechtigten.
- C.10 **Lastenübernahme:**  
Übernahme aller öffentlichen und privatrechtlichen Lasten und Abgaben durch die Erbbauberechtigten.
- C.11 **Entschädigung bei Beendigung (Ablauf oder Heimfall) des Erbbaurechts:**  
(Wie bisher) Verpflichtung der Erbbauberechtigten, das Erbbaurecht auf die Stadt zurück zu übertragen (Heimfall), wenn das Grundstück durch Verschulden der



Erbbauberechtigten (a) nicht fristgerecht bebaut wird, (b) das Gebäude nicht zum gleitenden Neuwert gegen Feuerschäden versichert wird, (c) ein Vergleichs- oder Konkursverfahren durchgeführt wird, (d) die Zwangsversteigerung oder –verwaltung angeordnet wird, (e) die Zahlung des Erbbauzinses länger als 2 Jahre im Rückstand ist, (d) vertraglich abgesicherte Pflichten schuldhaft verletzt werden (grobe Misswirtschaft).

Die von der Stadt im Falle der Ausübung des Heimfalls sowie der Beendigung zu zahlende Vergütung ist im Erbbaurechtsvertrag festzulegen:

Bei Eigenheimen: 2/3 des Verkehrswerts

Bei sonst. Objekten: (wie bisher) zwischen 60 % und 80 % des Verkehrswerts

#### C.12 **Vorkaufsrechte:**

Bestellung von gegenseitigen Vorkaufsrechten, sowohl am Grundstück als auch am Erbbaurecht, durch Eintragung im Grundbuch.

#### C.13 **Belastung des Erbbaurechts:**

Schon im Erbbaurechtsvertrag wird einer erstmaligen Beleihung des Erbbaurechts mit Grundpfandrechten bis zu 100 % der Höhe der Herstellungskosten des Gebäudes bei höchstmöglicher Absicherung für die Stadt zugestimmt.

#### C.14 **Verlängerung nach Zeitablauf:**

C.14.1 In den Fällen, bei denen die Erbbauberechtigten eine Verlängerung des Erbbaurechts wünschen, ist darauf zu bestehen, dass das Erbbaurecht für die Restnutzungsdauer zu den dann geltenden Bedingungen verlängert wird.

C.14.2 In Siedlungsgebieten werden die Erbbaurechte auf eine einheitliche Gesamtstrategische Ablaufzeit verlängert, und zwar unabhängig davon, wann der Verlängerungsvertrag abgeschlossen wird.

### **D. Entwicklung von Baugebieten / Bauflächen unter Anwendung von Erbbaurechten**

#### D.1 **Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke**

Bis zu 50 % der städtischen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sollen zur Verfolgung wohnungspolitischer Ziele über Erbbaurechte vergeben werden. Strategisch bedeutsam gelegene Grundstücke sind hier zu berücksichtigen.

Mindestens 50 % der städtischen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sollen u.a. zur (Teil-) Refinanzierung der Baugebietsentwicklung veräußert werden.

#### D.2 **Mehrfamilienhausgrundstücke**

Städtische Mehrfamilienhausgrundstücke sollen grundsätzlich über Erbbaurechte vergeben werden.

Den Erbbaurechtsnehmenden wird im Rahmen des Konzeptverfahrens die Möglichkeit eröffnet, für eine über den Förderzeitraum hinausgehende Mietpreis- und Belegungsbindung zum Zinssatz für geförderten Wohnraum zu zahlen.

#### D.3 **Gemeinbedarfsgrundstücke**

Bei der Entwicklung von städtischen Gemeinbedarfsgrundstücken ist grundsätz-

lich die Vergabe über Erbbaurechte zu wählen.

Gemeinwohlorientierte Erbbaurechtsnehmende erhalten einen reduzierten Erbbauzins.

#### D.4 **Gewerbe- und Dienstleistungsgrundstücke**

Bei der Entwicklung innerstädtischer Gewerbe- oder Dienstleistungsgrundstücke ist grundsätzlich für strategisch bedeutsam gelegene städtische Grundstücke die Vergabe über Erbbaurechte zu wählen.

Flächen für Gewerbe- oder Dienstleistungen am Siedlungsrand sollen veräußert werden.

### **E. Ausnahmeregelungen**

Ausnahmen von den grundsätzlichen Regelungen bedürfen einer Begründung und eines politischen Beschlusses.

### **F. Evaluierung**

Der Grundsatzbeschluss wird regelmäßig, spätestens aber alle 10 Jahre, auf seine Wirksamkeit hinsichtlich aktueller Rahmenbedingungen überprüft.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

#### **12. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals 2023**

Vorlage Nr. VL 1547/2023

⇒ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

#### **13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern**

Vorlage Nr. VL 1558/2023

Herr Nüchtern hätte sich eine detailliertere Beantwortung der Frage 3 der Anfrage und Aussage bezüglich der Definition der Sonderregelung gewünscht.

Herr Rujanski berichtet von der Bürgerveranstaltung am Leimbachstadion. Er fasst als Fazit zusammen, dass für eine Verhinderung der Aufstellung nur der Weg der Klage bleibt, was durch die Anwohnerinnen und Anwohner verstanden wurde. Die große Sorge der Auswirkungen auf das Umfeld mit Hinblick auf das Thema Betreuungs- und Sicherheitskonzept ist

auch in der Politik angekommen. Er geht davon aus, dass die angekündigte juristische Prüfung abgeschlossen ist und dass man zeitnah beim Verwaltungsgericht in Arnsberg vorsprechen wird. Er bittet daher, dass man hier keine vorschnellen Fakten schafft, sondern zunächst das Ergebnis der rechtlichen Prüfung/Klage abwartet.

Herr Mues verweist darauf, dass heute ein Beschluss gefasst werden muss um die Container überhaupt aufstellen zu können, da sonst keine finanziellen Mittel dafür bereitstehen.

Herr Heilmann unterstreicht die Notwendigkeit der Container für die Unterbringung der Menschen in der kalten Jahreszeit. Ein Abwarten ist daher nicht möglich.

Herr Rujanski ergänzt, dass man grundsätzlich der Vorlage zustimmen wird. Er wollte lediglich darauf hinweisen, dass es aus der Androhungssituation wahrscheinlich zeitnah zu einer Klage kommen wird. Wenn man das weiß, sollte man doch in die Kommunikation gehen um abzustimmen wie es z. B. mit einem einstweiligen Rechtsschutz aussieht.

Herr Schumann erläutert, dass man die Aufstellung der Container auf § 34 BauGB begründet und es sich somit gar nicht um einen Sonderfall nach § 246 BauGB handelt, welcher daher in der Beantwortung auch nicht definiert wurde. Hinsichtlich der angekündigten Klage beobachtet man die Situation und befindet sich zwar in der Vorbereitung, man wird jedoch die Verschwendung von Geldern vermeiden und gestaltet daher die Prozesse so, dass keine unnötigen Kosten entstehen.

Frau S. Schneider ist entsetzt über das Kirchturmdenken hinsichtlich der Unterbringung der Wohnungslosen. Es ist wichtig, dass auch wohnungslosen Menschen geholfen wird und diese untergebracht werden können.

Es ist sehr schwierig die Bevölkerung für den Standort zu gewinnen, so Herr Groß. Hier verursacht der Begriff des „Systemsprengers“ Probleme, denn die Bevölkerung versteht darunter Dinge, die mit der Realität der Menschen nichts zu tun haben. Obdachlose Menschen sind viel häufiger Opfer als Täter und dies wird in der Wahrnehmung oft verdreht. Die Aufregung und Sorge der Bevölkerung ist trotzdem real und sollte ernst genommen werden. Man versucht daher Lösungen, wie z. B. durch Betreuungs- und Sicherheitskonzepte zu finden. Dies wird man im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren beraten.

### **Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 114.000,00 € für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern.

Die Deckung erfolgt über Einsparungen bei der Maßnahme V030104010 - Naturwissenschaftsraum Realschule am Oberen Schloss - Konto 7853000.

**Beratungsergebnis: 57 Stimmen dafür, 5 dagegen, 3 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

**zu 13. Unterbringung problembehafteter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt Siegen**  
**- Anfrage der FDP-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 1284/2023 und Nr. AF 1284/2023 A

⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

**26. Rat 18.10.2023**

**14. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Vergabe des Auftrags „Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung**

Vorlage Nr. VL 1523/2023

Herr Boller hätte sich auch hier mehr inhaltliche Informationen gewünscht. Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung ist ein Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt. Er sieht einen Widerspruch in der Aussage der Vorlage, dass die Maßnahme zu einer geringen Reduzierung der CO<sup>2</sup>-Emissionen führen wird, da im AK Klimaschutz über eine erhebliche Reduzierung berichtet wurde. Er bittet um Diskussion der Thematik im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,5 Mio. € für die Investitionsmaßnahme I120201003/7852300 Modernisierung der Straßenbeleuchtung, um eine Auftragserteilung der Vergabe 148\_23 „Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung“ zu ermöglichen.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung i.H.v. 1,5 Mio. € bei der Investition T120201129 Neubau Hufeisenbrücke, mit jeweils 500.000 € in 2024, 2025, 2026, da bei dieser Maßnahme derzeit noch wesentliche Planungsgrundsätze politisch beraten werden müssen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

**15. Nachbesetzung in Ausschüssen**

Vorlage Nr. VL 1561/2023

**Beschluss:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt/benennt:

1. **Herrn Wolfgang Könen** als ordentliches Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.
2. **Herrn Torsten Schoew** als 1. persönlichen Vertreter von Herrn Könen in den Rechnungsprüfungsausschuss.
3. **Frau Stephanie Krömer** als Sachverständige (Agentur für Arbeit Siegen) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
4. **Frau Ewelina Lutz (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Sport- und Bäderausschuss.
5. **Frau Petra Hinkel (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss.
6. **Herrn Goerg Weil (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Feuer-  
schutz, Sicherheit und Ordnung.
7. **Frau Sophia Kölsch (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales,  
Familie und Senioren.
8. **Herrn Michael Schwarzer** als
  - a) beratendes Mitglied in den Bezirksausschuss V – Siegen-West.
  - b) als persönlicher Vertreter von Frau Six im AK Schulentwicklungsplanung.
  - c) als persönlicher Vertreter von Frau Six in der Spielplatz-Kommission.
  - d) als persönlicher Vertreter von Frau Six in den Unterausschuss Kindertagesbetreu-  
ung.
9. **Frau Annette Six** als
  - a) 1. persönliche Vertreterin von Herrn Schwarzer in den Bezirksausschuss V – Siegen-  
West.
  - b) 1. persönliche Vertreterin von Herrn Schwarzer in den Integrationsrat.
  - c) ordentliches Mitglied in die Spielplatz-Kommission.
  - d) ordentliches Mitglied in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
  - e) ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.
10. **Frau Ursula Uptmoor-Burwitz** als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss V Sie-  
gen-West
11. **Herrn Christian Baeyens** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt,  
Klima und Energie

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**26. Rat 18.10.2023**

gez.  
Bürgermeister

gez.  
Schriftführerin